Aufwärts

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.35 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 144. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Freitag, den 23. Juni 1933. | 15. Jahrgang.

Kein Lehrer kann der Welt mit vollem Nachdruck raten,
Er lehre denn zugleich mit seinen Taten.

Voß.

Die gesetzliche Fehlerquelle der Landflucht.

Von O. Bungeroth.

Bei der Eröffnung der neuen Führerschule Staumühle in der Senne führte Bezirkskommissar Zimmermann aus, daß der Arbeitsdienst die Umschulung der jugendlichen Industriearbeiter zu Landarbeitern durchzuführen habe, wie das im nahen Siegmarshof bereits seit Jahren von Bethel aus in vorbildlicher Weise geschehen sei. Das Arbeitslosenheer der Großstädte müsse aufs Land zurückgeführt werden, um wieder eine engste Verbundenheit mit dem Heimatboden zu gewinnen. Das sei jedoch eine schwierige Aufgabe. Der Redner beschäftigte sich dann eingehend mit der Landflucht, die seit 1870 katastrophale Folgen gezeitigt habe, wie vor allem immer erneute Arbeitslosigkeit. — Haben sich die katastrophalen Folgen der Landflucht auch erst seit 1870 und seit den Gründerjahren in ihren gewaltigsten Dimensionen gezeigt mit dem Anwachsen der Industriestädte zu Ausmaßen unnatürlichster Art, so liegen die eigentlichen Quellen der Landflucht doch noch viel weiter zurück, ja man kann mit Staatsminister Professor Drews, dessen Ausführungen wir hier folgen, sagen: „Die Landflucht, zumal aus den östlichen Provinzen Preußens, ist — abgesehen von so manchen sozialen Schäden *zum* wesentlichen eine späte Frucht des unglückseligen Hardenbergschen Agrardiktates vom 29. Mai 1816."

Wäre die von Stein in die Wege geleitete Bauernbefreiung in geradliniger Weise fortgeführt worden, so hätte diese unselige Entwicklung verhindert werden können.

Preußen war zur Zeit des Tilsiter Friedens ganz überwiegend Agrarstaat. Das platte Land war in der Periode der deutschen Kolonisation des Ostens fast ganz an die ritterlichen Vasallen der neuen Landesherren aufgeteilt worden. Das zum Rittergut gehörige Land zerfiel in Gutsland und Bauernland. Der Ertrag jeder einzigen Bauernstelle gehörte zwar dem Bauern, die Stelle aber war nicht sein Eigentum. Zwar durfte der Gutsherr ihm dieselbe nach dem herrschenden Erbrecht nicht willkürlich wegnehmen. Ein Einziehen von Bauernstellen zum eigentlichen Gutsland, das sogen. „Bauerlegen" war in Preußen erfreulicherweise schon lange, namentlich durch strenge Anordnungen Friedrich Wilhelms I., untersagt. Aber der große wie der kleine Bauer war kein wirklicher Grundeigentümer. War sein Verhältnis unter Umständen zum Gutsherrn noch so freundschaftlich, sorgte der letztere für ihn durch Gewährung von Baumaterial, Brennholz und Saatgut, durch Uebernahme der Armenfürsorge und dergleichen in bester Weise, so daß sich vielfach wahrhaft patriarchalische Verhältnisse herausgebildet hatten, immerhin lag dem Bauern die Pflicht ob, die „Frohnden" zu leisten. Seine Arbeitskraft gehörte zum größten Teil nicht ihm, sondern dem Gutsherrn. Er war aber nicht nur wirtschaftlich gebunden, er war auch persönlich unfrei und, wenn auch nicht leibeigener Sklave, so doch durch die mangelnde Freizügigkeit — und zwar er selbst wie seine Kinder — an die Scholle gebunden. Der größte Teil Schaffensdrang, Initiative, Versuche, sich wirtschaftlich und kulturell weiterzubringen, waren bei dem Frondienst und dem Mangel an Bewegungsfreiheit und Freizügigkeit undenkbar.

Nicht allen, aber wesentlichen Hemmungen dieser Art machte Freiherr vom Stein durch das Edikt vom 9. Oktober 1807, welches die Bauernbefreiung einleitete, ein Ende. Der entscheidende Abschnitt über die „Auflösung der Gutsuntertänigkeit" lautet:

§ 10. Nach dem Datum dieser Verordnung entsteht fernerhin kein Untertänigkeitsverhältnis, weder durch Geburt noch durch Heirat, noch durch Uebernehmung einer untertänigen Stelle, noch durch Vertrag.

§ 11 Mit der Publikation der gegenwärtigen Verordnung hört das bisherige Untertänigkeits-Verhältnis derjenigen Untertanen und und ihrer Weiber und Kinder, welche ihre Bauerngüter erblich oder eigentümlich und erbzinsweise, oder erbpächtlich besitzen, wechselseitig gänzlich auf.

§ 12. Mit dem Martinitage 1810 hört alle Guts-Untertänigkeit in sämtlichen Staaten auf. Nach dem Martinitage 1810 gibt es nur freie Leute.

Man kann sich denken, wie dies bereits im Anfang der Bedrückungszeit erlassene Gesetz, kurz nach dem Tilsiter Frieden, dazu geschaffen war, dem 1813 zur Ausführung gelangenden Befreiungsgedanken vorzuarbeiten und, wie die zumeist aus Landleuten bestehende preußische Landwehr bei Großbeeren und Dennewitz mit dem Gewehrkolben für denselben eintrat.

Leider mußte aber Stein bereits 1808 den Schauplatz seiner gesetzgeberischen Tätigkeit verlassen und von Berlin nach Prag und dann nach Petersburg flüchten. Immerhin hatten wir die Genugtung, aus den Millionen dumpf hindämmernder Höriger ebensoviele Millionen freier Leute geschaffen zu haben, die im freien Wettbewerb ihrer Kräfte durch uneingeschränkte Aussicht auf wirtschaftliche Erfolge und wirtschaftlichen Aufstieg für sich und die Ihrigen zu intensiverer und zweckmäßigerer Ausgestaltung ihrer Arbeit und damit zu höheren Leistungen angetrieben wurden.

Nach dem Abgang Steins trieben die Dinge in Preußen unter den schwachen Ministern Dohna und Altenstein soweit, daß Napoleon, der um seine „Reparationen", wie wir heute sagen würden, besorgt war, vom preußischen König die Berufung Hardenbergs verlangte, den er früher selbst — wie Stein — geächtet hatte.

Hardenberg teilte durchaus die Ansichten Steins über Reformen; aber er besaß nicht die eiserne Energie Steins, dieselben auch starken Hemmungen gegenüber durchzusetzen, wie sie vor allem von den Großgrundbesitzern ausgingen, die den König in seinem Widerwillen gegen alle Neuerungen zu bestärken suchten. Wenn so oft von dem Stein-Hardenbergschen Reformwerk die Rede ist, so muß immer wieder festgestellt werden, daß alle positiven Erfolge derselben auf die Initiative Steins zurückzuführen sind. Trotzdem hat Hardenberg das Verdienst, zunächst 1811 ein Edikt erlassen zu haben, welches die notwendige Ergänzung zum Bauernbefreiungsedikt vom 7. Oktober 1807 bildet. Alle Bauern sollten danach freie Eigentümer auf ihren Stellen werden; als Entschädigung für die fortfallenden Frondienste der Bauern sollten die Gutsherrn in der Regel eine Landabfindung erhalten und zwar ein Drittel oder die Hälfte der Bauernstelle, je nachdem es sich um erbliche oder nichterbliche Stellen handelte; es konnte aber auch eine Ablösungsrente in Geld oder Körnern festgesetzt werden. — Waren Stein und teilweise auch Hardenberg oft als Jacobiner von den ihren Reformen feindlich gesinnten Großgrundbesitzern bezeichnet worden, so zeigt sich an diesem Punkt des Reformwerkes, an dem Edikt von 1811, deutlich, wie verschieden die Hardenberg von Stein eingeflößten Reformgedanken, die die Abfindung des Adels als selbstverständliche Gerechtigkeit betrachteten, im Gegensatz gegen die Handlungsweise der

Was will die Jungreformatorische Bewegung?

Wir rufen alle evangelischen Männer und Frauen zu einer Kampfbewegung für Bekenntnis und Kirche. Wer es heute noch fertig bringt, uninteressiert oder gleichgültig das Geschehen in der Kirche zu beobachten, verrät die Kirche. Es geht heute um Tod oder Leben des reformatorischen Erbes, da wird von jedem einzelnen Gliede unserer Kirche ganzer Einsatz gefordert. Wer zur Kirche gehört, muß auch mannhaft für sie kämpfen. Im politischen Kampf haben Tausende bewiesen, daß sie eines ganzen Einsatzes fähig sind. Wo bleiben diese Kämpfer bei dem Lebenskampf der Kirche?

Wir rufen alle lebendigen Glieder unserer Gemeinden, die ihre Kirche aus ganzem Herzen lieben, zu diesem Kampfe auf. Wir wollen gegen jede Verfälschung des Evangeliums und der Kirche für die Kirche der Reformation kämpfen. Gegen zwei Fronten richtet sich unser Kampf:

Gegen die kirchenpolitische Reaktion und gegen die Bürokratie in der Kirche!

Gegen alle Bewegungen, die in- und außerhalb der Kirche die Freiheit der Kirche bedrohen!

Wir wehren uns mit ganzer Leidenschaft gegen die überlebten kirchlichen Gruppen und Parteien und gegen die noch immer herrschende kirchliche Bürokratie, die ihre Unfähigkeit, die Kirche zu führen, bewiesen hat.

Wir wehren uns mit ganzer Leidenschaft gegen alle Versuche, die Neuordnung der Kirche nach politischen, der Kirche fremden Gesichtspunkten vorzunehmen. Diese Versuche beruhen auf einer verhängnisvollen Verwechslung von Kirche und Staat, die den Dienst der Kirche am deutschen Volke unmöglich macht.

Mit gleicher Entschiedenheit wehren wir uns aber auch gegen alle Versuche, die Kirche als politisches Kampfmittel gegen den neuen Staat zu mißbrauchen.

Kirche muß Kirche bleiben, muß wieder Kirche werden, sonst stirbt sie. Weil unser Herz für unsere Kirche brennt, deshalb führt die jungreformatorische Bewegung ihren Kampf. Der Einsatz für unser Kampfprogramm soll die neue Kirche gestalten.

Was fordert das Kampfprogramm der Jungreformatorischen Bewegung?

Die Jungreformatorische Bewegung ist eine Kampfbewegung der „jungen Kirche", die, auf dem Boden der deutschen Freiheitsbewegung stehend, von der reformatorischen Botschaft und von der unverkürzten biblischen Grundlage aus den Kampf um die Neugestaltung der Kirche führt.

Wesen der Kirche.

1. Wir fordern die Evangel. Kirche deutscher Nation.

2. Wir fordern die Neugestaltung der Kirche einzig und allein aus dem Wesen der Kirche heraus. Die Evangelische Kirche deutscher Nation hat dem deutschen Volke das Wort des lebendigen Gottes zu verkündigen, der als Schöpfer Himmels und der Erde den Menschen als Glied eines Volkes und eine Rasse zum Leben in seinen Schöpfungsordnungen geschaffen hat, der ihn als Sünder durch die Rechtfertigung allein aus Glauben erlöst und der ihn zum Leben aus der Kraft des Heiligen Geistes in der Gemeinschaft der Kirche beruft. Die neue Gestalt der Kirche kann nur Einheitskirche in lebensvoller Gliederung sein.

3. Wir fordern als Grundlage der Neugestaltung der Kirche das reformatorische Bekenntnis. Das geforderte neue Bekennen der kommenden Evangel. Kirche deutscher Nation ist die Entfaltung der reformatorischen Bekenntnisse lutherischer und reformierter Prägung als Antwort der Kirche auf die heute an sie gerichteten Fragen, z. B. Ehe, Volk, Rasse, Staat. Es hat alle im Widerspruch zum Evangelium stehenden Anschauungen und Lehren als Irrlehren zu verwerfen.

Aufbau der Kirche.

4. Wir fordern den Reichsbischof, der mit Vollmacht in persönlicher Verantwortlichkeit und freier Entscheidung die Kirche leitet. Wir fordern die unbedingte Anerkennung Friedrich von Bodelschwinghs als des von Gott berufenen und von den Bevollmächtigten der Kirche rechtmäßig gewählten Reichsbischofs. Seine Person verkörpert sinnbildlich die freie, nur an dis Evangelium gebundene Kirche.

5. Wir fordern den Neubau der Kirche von der lebendigen Gemeinde aus. Ausgang und Ziel aller kirchlichen Arbeit muß die lebendige, in Gebet und Dienst stehende Gemeinde sein. Wir rufen alle Glieder der Gemeinde zu kirchlicher Verantwortlichkeit auf.

Kirche und Staat.

6. Wir fordern, daß die Kirche sich in freudigem Gehorsam hinter den von der deutschen Freiheitsbewegung geschaffenen Staat stellt. Wir glauben, daß die deutsche Freiheitsbewegung ein Geschenk Gottes an unser deutsches Volk ist. Wir bekennen uns deshalb zu ihr und zu dem von ihr geschaffenen, unter Führung Adolf Hitlers stehenden Staate.

7. Wir fordern, daß die Kirche aus dem Glauben an den Heiligen Geist die Christen jedes Volkes und jeder Rasse als vor Gott gleiche Glieder der Einen Kirche unbedingt anerkennnt, aber auf Grund des ihr von Gott gegebenen Auftrages an das deutsche Volk nur deutsche Menschen zu ihren Führern beruft.

8. Wir fordern die unbedingte Freiheit der Kirche in ihrer Verkündigung und Lebensgestaltung. Die Kirche muß in unbestechlicher Klarheit der Nation mit dem Worte Gottes dienen. Sie kann diesen Dienst am deutschen Volk nur in völliger Freiheit ihrer Verkündigung erfüllen. Jede Beschränkung dieser Freiheit macht den ihr aufgetragenen Dienst am deutschen Volke unmöglich.

Geschäftsstelle der Jungreformatorischen Bewegung: Berlin-Dahlem, Kaiserswerther Straße 15. Telefon: G 6 Breitenbach 0637.

Wie mitgeteilt wird, hat sich in der Jungreformatorischen Bewegung eine Arbeitsgemeinschaft von Nationalsozialisten gebildet, die auf dem Kampfprogramm der Jungreformatorischen Bewegung stehen.

411 Stadt. Bibliothek
S 839

Jakobiner waren, die entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes vornahmen, ebenso wie in neuester Zeit die Bolschewisten.

Waren alle diese wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen Hardenbergs vom Geiste Steins, vor allem während der Freiheitskriege, beseelt, so änderte sich sein Verhalten wesentlich allen Hemmungen gegenüber, als der Druck der Fremdherrschaft gewichen war. Nach Steins Willen, mit dem das Regulierungsgesetz von 1811 durchaus übereinstimmte, sollten die Inhaber aller Bauernstellen — der großen wie der kleinen — freie Eigentümer werden. Die Rittergutsbesitzer aber fürchteten bei Anwendung dieser Praxis alle Arbeitskräfte zu verlieren, wenn nämlich auch die kleinen und die kleinsten Bauern zu freien Eigentümern würden. Persönlich hatte das Edikt von 1807 auch die letzteren frei gemacht. Von irgendeiner Leibeigenschaft im mittelalterlichen Sinne konnte keine Rede mehr sein. Wirtschaftlich aber blieben sie an die ihnen im Grunde doch nicht eigengehörende Scholle gebunden. Stein selbst hatte den durchaus gesunden Gedanken gehabt, daß nach der Regulierung die kleineren Bauern allein von dem Ertrag ihrer Stellen nicht würden leben können und daß sie deshalb ganz naturgemäß ergänzenden Verdienst als freie Arbeiter auf den benachbarten Gütern suchen würden. Diese Konstruktion erschien den Gutsbesitzern zu unsicher; sie meinten, daß diese kleinen freien Eigentümer sich einmal einfach weigern könnten, vertragsmäßige Arbeit zu tun und unerhörte Lohnforderungen stellen möchten. Am liebsten hätten sie die Bauernbefreiung und Eigentumsverleihung rückgängig gemacht. Dem widersetzte sich aber auch Hardenberg eingedenk der Steinschen Reformgedanken. Um so energischer konzentrierten sie ihre Forderungen darauf, daß wenigstens die persönlich frei gewordenen kleineren Bauern auch nicht noch neben der persönlichen Freiheit Eigentumsrecht erhalten sollten, sondern von der Regulierung ausgeschlossen bleiben sollten. Am 29. Mai 1806 erging eine „Deklaration", d. h. Erklärung in diesem Sinne, da Hardenberg sich nicht zu Steinscher Widerstandskraft aufraffen konnte.

In diesem Hardenbergschen Edikt von 1816 liegt die gesetzliche Fehlerquelle der nachher so nachteilig auf Landwirtschaft und Industrie wirkenden Landflucht. Hatten die Grundbesitzer zunächst scheinbar richtig geurteilt, daß die zwar persönlich frei gewordenen kleinen Landwirte aus Mangel an Arbeit in den Städten, wie derselbe in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts herrschte, gezwungen waren, auf den Gütern zu arbeiten und zwar zu jedem Lohnsatz, so wurde die Sache aber anders, als in den 40er Jahren die Industrie zu einem namhaften wirtschaftlichen Faktor wurde und die sachlich nicht gebundenen und nicht durch Eigentumsrecht mit dem Boden verwachsenen kleinen Landbewohner in die Stadt lockte mit ihren zum Teil oft besseren oder wenigstens besser erscheinenden Verdienstmöglichkeiten. Daß dadurch ungesunde Verhältnisse erzeugt wurden, war selbstverständlich. Hätte das Edikt von 1816 diese kleineren und kleinsten Landbewohner freundlicher behandelt, im Sinne Steins, dann wären die Gutsbesitzer, vor allem im Osten, nicht von ihnen im Stich gelassen und dazu gezwungen worden, fremde Elemente einzustellen. Die großen Industriestädte aber wären nicht zu Wasserköpfen angeschwollen mit all ihrem Wohnungselend. Vor allem liegt aber hier der Herd der Arbeitslosigkeit seit nahezu hundert Jahren, die durch jede Konjunkturveränderung immer wieder aufs neue hervorgerufen wird, wie die neueste Zeit erschreckenderweise zeigt. Es fehlt grad im Osten, der ja die meisten Industriearbeiter nach dem Westen geliefert hat, seit dem Erlaß des Hardenbergschen Ediktes von 1816 an einem genügend zahlreichen ländlichen Klein- und Kleinstbesitz, der fest auf seinem, wenn auch nur schmalen Eigentum wurzelnd, die zuverlässigsten Arbeitskräfte für die größeren Höfe und Güter stellt und die Entwicklung von Industrien auf dem Lande mit einer fest angesessenen bodenständigen Arbeiterschaft ermöglicht, es fehlt dort an einer gesunden Mischung der Bevölkerung, und das hat sich in einer sehr bedenklichen Weise fühlbar gemacht, sowohl für die für die Volksernährung wichtige Landwirtschaft im deutschen Osten, wie die Industrie im Westen.

Trotz aller industriellen Entwicklung hält in Frankreich der kleine und kleinste Bauernstand zäh an der Scholle fest; fast jeder Sohn des platten Landes sucht es in erster Linie zum selbständigen Besitzer zu bringen. Deshalb kann sich Frankreich auch selbst ernähren.

Die von 1816 bis in die neueste Zeit eiternde Wunde der Arbeitslosigkeit kann nach unserer Ueberzeugung durch kein Mittel besser geheilt werden als durch eine großzügigen Siedlung, die in der Bevölkerungsfrage wieder ein gesundes Gleichgewicht zwischen Stadt und Land herstellen würde. Dazu bedarf es natürlich vor allem der Umschulung des jugendlichen Industriearbeiters zum Landarbeiter. Hoffentlich verfällt man nicht in denselben Fehler wie das Hardenbergsche Edikt von 1816 und enthält diesen jungen Landbewohnern die Möglichkeit vor, sich zu freien und selbständigen Stellenbesitzern zu machen, weil doch nur auf dem letzteren, natürlich sehr schwierigen Wege, der Landflucht wirksam und dauernd gewehrt wird.

Kommissarische Verwaltung im Evangelischen Oberkirchenrat.

— Berlin, 21. Juni. Im Hinblick auf die Umgestaltung der Kirchenleitung bei der kommenden Verfassungsrevision hat der Kirchensenat der Altpreußischen Kirche, wie der Evangelische Pressedienst mitteilt, beschlossen, die Stelle des Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrates bis auf weiteres nicht zu besetzen. Ein Nachfolger für den mit dem 30. Juni aus seinem Amt scheidenden bisherigen Präsidenten D. Dr. Kapler wird nicht ernannt. Die Präsidentenstelle soll bis auf weiteres kommissarisch verwaltet werden, und zwar im Hinblick auf die Lage der Kirche durch einen Geistlichen. Der Kirchensenat beschloß, mit dieser kommissarischen Verwaltung den Rheinischen Generalsuperintendenten D. Stoltenhoff mit sofortiger Wirkung zu beauftragen. Ein Ausscheiden D. Stoltenhoffs aus dem Amt des Generalsuperintendenten der Rheinprovinz wird dadurch nicht bewirkt. Seine Vertretung in diesem Amt bleibt besonderer Regelung vorbehalten.

Das Bundeskanzleramt in Wien hat den „Völkischen Beobachter", Münchener Ausgabe, in Oesterreich für drei Monate verboten.

Konferenz der Treuhänder

Aufrechterhaltung der geltenden Lohnregelung

Berlin, 21. Juni.

Reichsarbeitsminister Seldte hatte die neuernannten Treuhänder der Arbeit zu einer Aussprache in das Reichsarbeitsministerium eingeladen. Der Reichsarbeitsminister begrüßte die Treuhänder und dankte ihnen zugleich auch im Namen des Reichskanzlers für die Bereitwilligkeit, das überauswichtige und verantwortungsreiche Amt eines Treuhänders der Arbeit zu übernehmen. Mit der Ernennung der Treuhänder hätten, so führte der Minister u. a. aus, die Schlichter ihre Tätigkeit beendet. Er sehe es für seine Pflicht an, den bisherigen Schlichtern für ihre Mühewaltung seinen Dank auszusprechen.

Der neue autoritative Staat stellt sich vollkommen anders zur Wirtschaft als der bisherige liberal-demokratische Staat. In Zukunft erhebt der Staat auch gegenüber der Wirtschaft den unbedingten Führungsanspruch. Die Wirtschaft hat dem Volke zu dienen und Aufgabe des Staates ist es darüber zu wachen, daß dies auch geschieht.

Wir haben heute einen in seinen Fundamenten neu gegründeten Staat, aber noch eine in ihren Grundzügen im wesentlichen unveränderte Wirtschaft. Das zeigt sich vor allem noch in unseren wirtschaftlichen und sozialen Verbändewesen, das nach einer gründlichen Erneuerung im Geiste der nationalen Revolution mit dem Ziele einer berufsständischen Ordnung harrt.

Bis dieses Ziel erreicht ist, muß der Staat die Treuhandschaft für die Arbeit selbst übernehmen und das alte System in eine neue Ordnung überleiten, in der auch die Regelung der Arbeits- und Lohnbedingungen Aufgabe der berufsständischen Selbstverwaltung ist. So sind die Treuhänder der Arbeit geschaffen und vom Reichskanzler ernannt worden, um an Stelle der Vereinigungen von Arbeitnehmern einzelner Arbeitgeber oder der Vereinigungen von Arbeitgebern rechtsverbindlich die Bedingungen für den Abschluß von Arbeitsverträgen zu regeln, um für die Aufrechterhaltung des Arbeitsfriedens zu sorgen und um bei der Vorbereitung der neuen Sozialverfassung mitzuarbeiten. Die Treuhänder verkörpern die höchste Staatsautorität und sind daher lediglich an die Richtlinien und Weisungen der Reichsregierung gebunden.

In der Aussprache mit den Treuhändern wurde festgestellt, daß der Wille der Reichsregierung,

wonach für die notwendige Uebergangszeit die bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen grundsätzlich in Geltung bleiben müßten, und daß es die Pflicht aller Beteiligten sei, die in den Tarifverträgen getroffene Regelung, soweit sich ihre Aenderung nicht als unumgänglich notwendig erwiese, grundsätzlich aufrecht zu erhalten auch als Richtlinie für die Arbeit der Treuhänder zu gelten hat.

Sollte sich dennoch die Aenderung einzelner Tarifverträge als unbedingt erforderlich erweisen, so sind die Treuhänder im Rahmen der Weisungen der Reichsregierung vollkommen frei in ihren Entscheidungen und fällen diese autoritär. Schlichtungsverhandlungen, wie sie bisher nach dem liberalistischen und marxistischen Klassenkampfprinzip stattgefunden haben, gibt es in Zukunft nicht mehr. Das schließt aber nicht aus, daß die Treuhänder sich mit den Führern der beteiligten Berufe und ihrer Verbände zwecks Unterrichtung in Verbindung setzen und ihre Entscheidung vorbereiten. Im übrigen werden die Treuhänder in engsten Einvernehmen mit den zuständigen Verwaltungsstellen der Länder arbeiten, wobei ihnen die Unterstützung der Länderregierungen zugesagt worden ist.

Die Bedeutung der S.A. im Kampfe um das neue Deutschland.

Der Kampf wider den Parlamentarismus hatte nicht die Absicht, lediglich dessen sogenannte Auswüchse zu beseitigen. Die Geißelung der Mißstände dieser für das Volksganze unproduktiven Erscheinungsform unseres öffentlichen politischen Lebens ging Hand in Hand mit dem Wachstum des werdenden Neuen.

Als erstes ist hier der berufsständ. Gedanke zu nennen, der, einmal aufgetaucht, sofort in den parlamentarischen Mantel gehüllt wurde (Landvolk, Wirtschaftspartei), aber ersticken mußte, weil ihm der belebende Geist der Beziehung zur Volksgesamtheit fehlte. Alle Ansätze zur Heranbildung eines berufsständischen Führertums wie Bauernhochschulen, Schulen zur Heranbildung der Gewerkschaftsführer, Beamtenseminare, können solange nicht zur Frucht zum Wohle der Gesamtheit heranreifen, als nicht die Möglichkeit bestand, die einzelnen Berufsstände wieder aufs engste, wenigstens eine Zeitlang, in Berührung zu bringen. Das war im alten Volksheere möglich, wobei die Frage nach der Zweckmäßigkeit des „Einjährigensystems" hier offen gelassen sein soll. Diese Form konnte trotz guten Willens nicht in den sogenannten Wehrverbänden mehr aufleben, weil ja erst die staatlichen Voraussetzungen zu einem sinnvollen Einsatz und zu einer zweckmäßigen Ausbildung geschafen werden mußten. Diesen politischen Kampf um die Eroberung des Staates wagte Adolf Hitler gestützt auf seine braune Armee. Ihrer Treue verdankt er nächst Gottes Fügung den Sieg. So bleibt uns heute nur als wichtigste, lebenspraktische, politische Form der Verbindung der einzelnen Berufsstände untereinander die grundsätzlich im öffentlichen Leben neue Erscheinungsform des politischen Kämpfers für eine neue Weltanschauung, nämlich die SA.

Ueber das Wesen dieser Formationen bestehen im Inland und Ausland die absonderlichsten Meinungen. Da ich aktiv der SA angehöre und die Mißdeutungen in christlichen Kreisen kenne, wird mir dieser Bericht zu einer inneren Notwendigkeit. Ich beziehe mich dabei auf die grundlegenden Ausführungen Adolf Hitlers in seinem Buche „Mein Kampf" und auf eigene Erlebnisse und Beobachtungen in der SA selbst.

„Mit der Gründung der NSDAP war zum ersten Male eine Bewegung in Erscheinung getreten, deren Ziel nicht, ähnlich dem der bürgerlichen Parteien, in einer mechanischen Restauration der Vergangenheit lag, sondern in dem Bestreben, an Stelle des heutigen widersinnigen Staatsmechanismus einen organischen völkischen Staat zu errichten. Die junge Bewegung stand dabei vom ersten Tage an auf dem Standpunkt, daß ihre Idee geistig zu vertreten ist, daß aber der Schutz dieser Vertretung, wenn notwendig, auch durch brachiale Mittel gesichert werden muß. Getreu ihrer Ueberzeugung von der ungeheueren Bedeutung der neuen Lehre erscheint es ihr selbstverständlich, daß für die Erreichung des Zieles kein Opfer zu groß sein darf."

Damit ist von vornherein der Vorwurf, als sei die SA eine „Knüppelgarde" lediglich zu dem Zweck, anderen ihre Meinung „handgreiflich" beizubringen, erledigt. Der Grundsatz: ehrlicher Geisteskampf dem ebenso kämpfenden Gegner, aber Terror dem Terror, hat sich in der Folgezeit als unbedingt richtig erwiesen. Das Bürgertum, das die SA heute noch mit fremden Augen betrachtet, hat es scheinbar ganz vergessen, daß es früher nur marxistische Kampfformationen auf der Straße sah, denen es vermeinte, die vornehmen Waffen der Satyre, des Spottes und der geistigen Ueberlegenheit in Presse und Versammlungssaal entgegen zu stellen, die aber, wie die Erfahrung lehrte, völlig an der breiten Masse abprallten, die man wohl auf Grund der aristokratischen Ueberzeugung verachtete, aber andererseits für sich an die Wahlurne zu bringen gedachte. Ein innerlich völlig unmöglicher Zustand. Erst Adolf Hitler setzte die Werkzeuge ein, die die Massen formten und ihnen neue politische Zielrichtung wiesen. Das wichtigste Werkzeug war die SA. Denn nur mit Hilfe eines Saalschutzes, einer Ordnertruppe, waren die ersten nationalsozialistischen Versammlungen abzuhalten, die damals noch vom Gegner verhindert werden konnten, da er den Einbruch der neuen Weltanschauung mit allen Mitteln verhindern mußte, da es nicht um Gleichberechtigung, sondern nur um ein Entweder—Oder ging. Ihre Feuerprobe bestand die Ordnertruppe in der denkwürdigen Saalschlacht vom 4. November 1921 im Münchener Hofbräuhaussestsaal, als sie auf Befehl Adolf Hitlers in Stärke von 46 Mann den vorbereiteten Terror einer 100fachen marxistischen Uebermacht durch heldenhaften Einsatz des eigenen Lebens brach. Seit dieser Zeit trägt die Ordnertruppe den Namen: Sturmabteilung oder abgekürzt: SA. Sie unterschied sich von allen Verbänden sofort dadurch, daß sie nicht Dienerin der durch die Revolution geschaffenen Zustände war, sondern ausschließlich für ein neues Deutschland rang. So stand als Leitgedanke fest: Die SA ist eine Abteilung der Gesamtbewegung, die neben den anderen Einrichtungen wie Propaganda durch Presse, Film, Schallplatten, den Abgeordneten im Gemeindeparlament bis hinauf zum Reichstag nur als Glied der Gesamtbewegung und damit dem deutschen Volke dient. Daher stand neben dem Willen zur körperlichen Ertüchtigung der Wille, jeden einzelnen SA-Mann zu einem unerschütterlichen Kämpfer der nationalsozialistischen Idee zu erziehen. Aufgebaut auf den Grundlagen einer eisernen Disziplin und des soldatischen Gehorsams ist die SA weder Wehrorganisation bürgerlicher Auffassung, weder Geheimorganisation noch aber auch eine Agitatorengruppe, die von irgendwelchen politischen Drahtziehern ins Leben gerufen und bezahlt wird. Lassen wir hier über das eigentliche Wesensgefüge Adolf Hitler selbst sprechen:

„Was wir brauchten und brauchen, waren und sind nicht hundert oder zweihundert verwegene Verschwörer, sondern hunderttausend und aber hunderttausend fanatische Kämpfer für unsere Weltanschauung. Nicht in geheimen Konventikeln soll gearbeitet werden, sondern in gewaltigen Massenaufzügen, und nicht durch Dolch und Gift oder Pistole kann der Bewegung die Bahn frei gemacht werden, sondern durch die Eroberung der Straße. Wir haben dem Marxismus beizubringen, daß der künftige Herr der Straße der Nationalsozialismus ist, genau so, wie er einst Herr des Staates sein wird."

Neben den selbstverständlichen Formen des Antretens und Marschierens in der geschlossenen Kolonne erfolgte daher die Ausbildung nicht nach militärischen Gesichtspunkten, sondern rein parteizweckmäßig. Damit fiel vor allem jede Schießausbildung mit der Waffe und der Felddienst in größeren Formationen weg. Die Bekleidung konnte daher ebenfalls nicht nach den Sinnbildern der alten Armee erfolgen, mußte aber insofern einheitlich sein, da ja das Auftreten der SA für die Bewegung selbst gewinnen und das Straßenbild formen sollte. Daß neben der Zweckmäßigkeit auch auf Billigkeit geachtet werden mußte, war infolge der Selbstbeschaffung der Uniform durch den einzelnen SA-Mann einfach Pflicht. Alle diese Vorzüge vereinigte das Braunhemd, das alsbald zum Symbol wurde, das man wohl für eine Zeitlang verdie-

Verbot des Kampfringes

Zahlreiche Staffelführer festgenommen

Amtlich wird mitgeteilt:

Auf Grund des Paragraphen 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 in Verbindung mit § 14 des Polizei-Verwaltungs-Gesetzes hat der preußische Minister des Innern die Kampfringe der Deutschnationalen Front (früher Deutschnationale Kampfstaffeln) einschließlich sämtlicher Formationen, sowie die im Bismarck-Bund zusammengeschlossenen Jugendgruppen im ganzen Gebiet des Freistaats Preußen aufgelöst und verboten.

Das Verbot ist erfolgt, weil die angestellten Ermittlungen einwandfrei ergeben haben, daß kommunistische und sonstige staatsfeindliche Elemente in größtem Umfange Aufnahme in den Formationen des Kampfringes gefunden haben. Die Kampfringe bildeten bei dieser Sachlage eine erhebliche Gefahr für die Sicherheit des Staates und der Bevölkerung. Die getroffene Maßnahme war deshalb zur Abwehr der von diesen Organisationen für die öffentliche Sicherheit und dem inneren Frieden drohenden Gefahren notwendig.

Gleichzeitig mit dem Vorgehen in Preußen fanden auch in den übrigen Reichsteilen Haussuchungen bei den führenden Mitgliedern des Kampfringes statt.

Im Anschluß daran wurden die Kampfstaffeln bezw. der Kampfring junger Deutschnationaler auch für die Länder Sachsen, Oldenburg, Bremen und Württemberg verboten.

Ueber die Vorgeschichte des Verbots der Kampfringe der Deutschnationalen Front wird noch mitgeteilt: Die Maßnahmen haben sich als notwendig erwiesen, nachdem festgestellt wurde, daß stellenweise 60 bis 70 v. H. der Mitglieder der Kampfringe der Deutschnationalen Front sich aus Kommunisten und Marxisten zusammensetzen.

Auch bei der am Sonnabend aufgehobenen sozialistischen Geheimsitzung in Hamburg wurde Material vorgefunden, das auf konterrevolutionäre Elemente innerhalb der Kampfringe hindeutete.

In den letzten Tagen ist es sogar in Frankfurt (Oder) zu blutigen Zusammenstößen gekommen, ein Beweis dafür, daß, wenn nicht von staatlicher Seite eingegriffen worden wäre, Selbsthilfeaktionen gegen die Kampfringe erfolgt wären.

Die ganze Aktion richtet sich in keiner Weise gegen die Deutschnationale Front, sondern lediglich gegen die Kampfringe aus Sicherheitsgründen. Ebensowenig richtet sich die Aktion etwa gegen den Stahlhelm, über dessen Zusammenarbeit mit der NSDAP. gegenwärtig Erwägungen zwischen dem Reichskanzler und dem Reichsarbeitsminister Seldte im Gange sind. Der Stahlhelm ist nicht etwa in einer Linie mit dem Kampfring zu nennen.

Schon seit einiger Zeit wurden die Deutschnationalen Kampfstaffeln, wie sie früher hießen, aufmerksam von der Polizei beobachtet. Dabei wurde in verschiedenen Orten immer wieder festgestellt, daß namentlich Sozialdemokraten offen erklärten, sie müßten in eine nationale Organisation gehen, um dort zersetzend zu wirken, um Einblick zu bekommen in die Polizei- und Parteimaßnahmen. Bei der Politischen Polizei waren diese Tatsachen in der Mehrzahl der Fälle bereits auf Grund bestehender Akten bekannt. Besonders erwähnenswert ist ein Vorfall bei der Skagerrak-Feier in Berlin. Damals wurden die Deutschnationalen Kampfstaffeln, die in der für sie immerhin erheblichen Zahl von über 200 Teilnehmern aufmarschiert waren, beim Abmarsch durchsucht,

wobei festgestellt wurde, daß 140 von ihnen bis zum 5. März aktiv in der Kommunistischen bzw. Sozialdemokratischen Partei oder in einem der diesen Parteien nahestehenden Verbände tätig waren.

Diese Feststellungen sind erst getroffen worden, nachdem die Namen der Zwangsgestellten an Hand der Kartei der Politischen Polizei nachgeprüft worden waren.

Besonders interessant ist eine mit beschlagnahmte Liste einer Kampfstaffel aus dem 82. Berliner Polizeirevier. Sie enthielt 35 Namen von Mitgliedern des Deutschnationalen Kampfringes. Von diesen sind bei 18 belastende Akten bei der Geheimen Staatspolizei vorhanden.

Besonders bezeichnend ist es, daß bei den Leuten, die früher im Reichsbanner, bei der KPD. usw. organisiert waren, erhebliche Vorstrafen festgestellt wurden, u. a. wegen Betruges, Zuhälterei, Kuppelei usw. Einige der Mitglieder des Kampfringes waren auch mit dem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bestraft, der gegenwärtig noch besteht.

Erwähnt sei ferner ein Fall aus Breslau. Dort bestand eine sogenannte Jägerabteilung der deutschnationalen Kampfringe. In sie waren hauptsächlich Sozialdemokraten, Reichsbannerleute usw. aufgenommen worden. Diese erklärten offen, sie würden Mitglied, um miteinander sprechen zu können, ihren alten Genossen Informationen zu bringen und die Verbindung mit anderen Kreisen, mit dem Stahlhelm usw. aufzunehmen. Leiter dieser sogenannten Jägerabteilung ist ein der Staatsanwaltschaft wegen seiner kriminellen Verfehlungen nicht ganz unbekannter Mann, der zu einer Zeit, als gegen ihn bereits eine kriminelle Untersuchung schwebte, mit der Führung beauftragt worden ist!

Wie weiter mitgeteilt wird, ist auch das Tragen der grünen Uniform der Kampfringe und das Tragen der Abzeichen der Kampfstaffeln verboten.

Die Durchführung der Aktion

Ueber die Durchführung der Aktion liegen folgende Meldungen vor: In Berlin besetzte eine Abteilung der Hundertschaft z. b. V. das Staffelheim VI des Kampfringes der Deutschnationalen. Umfangreiche Schriftstücke wurden beschlagnahmt, auch wurden verschiedene Schußwaffen gefunden. Das Heim wurde polizeilich geschlossen. Ebenso das Kampfstaffelheim I, das älteste Berlins. Bei der Durchsuchung, die von SA.-Leuten vorgenommen wurde, fand man drei Gewehre Modell 98.

Im Verlauf der Maßnahmen wurden in der Reichshauptstadt weit über 100 deutschnationale Kampfstaffelführer festgenommen. Ferner wurden mehrere hundert Kommunisten, die sich in Kampfstaffeluniformen gesteckt hatten, ebenfalls der Staatspolizei zugeführt. Unter den festgenommenen Führern befindet sich u. a. der Chefredakteur Hugenberg, ein Verwandter des Reichsministers Hugenberg, sowie der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Timm.

In Görlitz wurden in der Geschäftsstelle des Kampfringes mehrere Listen, Material über die deutsche Arbeiterbewegung sowie Uniformstücke beschlagnahmt.

In Stuttgart wurden die Büros der Kampfstaffeln des deutschnationalen Kampfbundes für den gewerblichen Mittelstand und der deutschnationalen Betriebszellenorganisation geschlossen, das Vermögen wurde beschlagnahmt, die Verbände wurden aufgelöst.

Begründung des Verbots.

Ueber die Auflösung der Kampfringe der Deutschnationalen Front wird jetzt eine amtliche vom preußischen Ministerpräsident Göring unterzeichnete Darstellung veröffentlicht, die sich im wesentlichen mit der von bereits geschilderten Vorgeschichte des Verbots deckt. Im einzelnen heißt es in dieser Mitteilung noch:

Nachdem die nach der nationalen Erhebung ins Leben gerufenen „Kampfgemeinschaften junger Deutschnationaler" öffentlich in die Erscheinung getreten waren, ergingen von Seiten kommunistischer Führer und Ersatzführer im Laufe der letzten Monate ständig schriftliche und mündliche Aufforderungen an alle ehemaligen Mitglieder des „Roten Frontkämferbundes" und sonstigen Genossen der Kommunistischen Partei Deutschlands, in die Deutschnationalen Kampfstaffeln einzutreten.

Anweisungen dieser Art wurden nach den von Staatspolizeistellen und sonstigen Polizeibehörden erstatteten Meldungen nicht nur in Groß-Berlin, sondern in planmäßiger Verfolgung kommunistischer Zersetzungsbestrebungen mit Erfolg auch in der Provinz ausgegeben.

Ihnen folgend erklärten im gesamten preußischen Staatsgebiet zahlreiche Kommunisten ihren Beitritt zu den Deutschnationalen Kampfstaffeln; es gelang ihnen auch in größtem Umfang, z. T. in geschlossenen Gruppen, Aufnahme zu finden und die Kampfstaffeln alsbald völlig kommunistisch zu durchsetzen.

Aeußerungen aus kommunistischer Quelle, die Kampfstaffeln seien nunmehr „marxistisch verseucht bis auf die Knochen" bestätigen den von ihnen erstrebten Erfolg.

Der Einwand, erfolgreiche kommunistische Zersetzungsbestrebungen seien auch in den Reihen anderer nationaler Verbände festzustellen, ist nicht stichhaltig. Daß die großen, seit langem bestehenden, in ihrem Kern über jeden Zweifel an ihrer politischen Zuverlässigkeit erhabenen nationalen Kampfverbände ohne jede Gefährdung ihrer politischen Zielrichtung sehr wohl imstande sein mögen, hier und da Mitglieder kommunistischer Herkunft aufzunehmen, bedarf keiner Erörterung. Sie sind infolge ihrer festen unerschütterlichen inneren Geschlossenheit imstande, diese ihnen fremden Elemente sich auch in bewußter Verfolgung und Durchsetzung ihrer Ideenrichtung innerlich einzugliedern.

Die Kampfringe der Deutschnationalen Front sind dagegen schon in ihrem Aufkeimen den planmäßigen kommunistischen Zersetzungsbestrebungen, denen sie — wohl auch infolge in dieser Hinsicht mangelnden Erfahrung und Einsicht ihrer Führung — nicht den erforderlichen Widerstand entgegensetzten, alsbald völlig erlegen.

Es entspricht der im vorliegenden Fall durch Beobachtungen bestätigten allgemeinen Erfahrung, daß ältere aus kommunistisch-marxistischen Kreisen stammende Mitglieder der Kampfringe der Deutschnationalen Front ihnen zugehörige jugendliche Personen gleicher staatsfeindlicher Einstellung mit Erfolg zum Eintritt in die Jugendgruppen der Kampfringe, den Bismarckbund, veranlassen, der die jugendlichen Personen bis zum wahlfähigen Alter umfaßt und nach den Erklärungen des Reichsjugendführers des Bismarckbundes überall mit den Kampfringen der Deutschnationalen Front eng verbunden ist.

Seine Mitglieder tragen die gleiche Uniform, wie die Angehörigen der Kampfringe, sie unterscheiden sich äußerlich von diesen nur durch die Aufschrift „Bismarckbund" auf den Armbinden. Im Hinblick auf die organische Einheit der Kampfringe und des Bismarckbundes sind im Interesse von Staat und Volk und der zielbewußten Fortführung der nationalen Revolution unterschiedslose Anweisungen in bezug auf beide Verbände mit zwingender Notwendigkeit geboten.

Hugenberg beim Reichskanzler

Reichsminister Hugenberg wurde Mittwoch abend von Reichskanzler Adolf Hitler zu einer Aussprache empfangen.

---

ten konnte, aber nie dem Herzen selbst wehren konnte, das einmal unter ihm für die Idee geschlagen hatte.

Wichtig für die weitere Ausgestaltung der SA-Formation waren drei Ereignisse.

1. Die Demonstration der vaterländischen Verbände gegen das Republikschutzgesetz 1922 auf dem Königsplatz in München. Während die SA bisher als Saalschutz fungierte, eroberte sie sich bei diesem Ereignis durch ihre Entschlossenheit das Recht auf die Straße, die bisher nur von internationalen Demonstranten in Anspruch genommen worden war.

2. Der Zug nach Koburg im Oktober 1922. Hier handelte es sich um die Abhaltung eines sogenannten „Deutschen Tages", an dem der Führer mit „Begleitung" erscheinen sollte. Er nahm etwa 800 Mann SA mit, die in einem Sonderzug anfuhren. Es war das erste Mal, daß ein derartiger Zug durch Deutschland fuhr. Die Fahnen kamen vielen deutschen Menschen zum ersten Male zu Gesicht. In Koburg selbst wurde durch das Auftreten der SA der rote Terror gebrochen. Dieser Tag hatte zur Folge, daß die SA immer unerschütterlicher wurde in dem Glauben an ihre Mission für Deutschland, aber auch das, daß die Presse sich immer mehr mit dem Nationalsozialismus, den man doch totzuschweigen gedachte, befassen mußte.

Immer neue Menschen strömten zu den Fahnen der SA. Die deutsche Jugend fand sich wieder zurecht. Am 27. Januar 1923 konnten bereits 6000 Mann an der Fahnenweihe teilnehmen. Die Erfahrungen von Koburg führten dazu, daß unter dem Einsatz der SA-Bataillone eine rote Hochburg nach der andern fiel. Den Gedanken einer Wehrbewegung hatte man weiter abgelehnt, denn im Vordergrunde stand die Notwendigkeit der Schaffung von Kampforganisationen für die Errichtung eines neuen deutschen Staates, der sich zur gegebenen Zeit das Rüstzeug zur Abwehr des äußeren Feindes schmieden würde.

3. Die Besetzung des Ruhrgebietes zwang vorübergehend unter den Notwendigkeiten der Stunde zu einem Aufgeben dieses Standpunktes. Der Abschluß, den das Jahr 1923 fand, zwang die Formation wieder zur Einhaltung ihrer eigentlichen Marschlinie. Und die im Jahre 1925 neugegründete SA wurde wieder Hunderttausendmanngarde der nationalsozialistischen Idee.

Von Jahr zu Jahr wuchs die Bewegung in die Breite und in die Tiefe. Wie sehr man die Waffe fürchtete, bewies der Terror, den man ihr amtlich und nichtamtlich entgegensetzte. Die ersten Blutopfer wurden gefordert. Die entstellenden Nachrichten darüber in der marxistischen Presse forderten das Verbot, und darüber hinaus kamen die Ereignisse der vergangenen Jahres: Sturz Brünings und Gröners und die Wiederherstellung des rechtmäßigen Zustandes durch v. Papen. Bei der Eröffnung des Wahlkampfes blieb die Regierung v. Papen außerhalb der Angriffsfront, weil man ihre Arbeit als Uebergang zu dem neuen Zustand ansah.

Aus der SA heraus wuchsen, gleichsam als Elitetruppe die SS-Formationen (Schutz-Staffeln). Sie sind kenntlich an der schwarzen Mütze mit dem Totenkopf und dem schwarzen Lederzeug. Zahlenmäßig stehen sie zur SA im Verhältnis 1 zu 10. Die Gesamtstärke ist in seiner inneren Geschlossenheit unter straffster Führung ein Faktor, der nicht mehr aus der Welt zu schaffen ist. Die dienstlichen Bindungen sind in der SS, gemäß ihres besonderen Aufgabenbereiches, strenger (Heiratserlaubnis z. B.), haben aber zu einem besonderen Korpsgeist geführt, den man vielleicht mit dem der Garderegimenter vergleichen kann.

Die letzten Jahre haben an die Opferwilligkeit unserer jungen Mannschaft große Anforderungen gestellt. Die Uniform wird aus eigener Tasche bezahlt, Stück für Stück dabei mühsam erworben. Wer behauptet, daß hier irgendwelche unlauteren Geldquellen fließen, der lügt bewußt. Dazu kommen die Opfer an Zeit und Bequemlichkeit. Man mußte einmal die stundenlangen Fahrten auf eng gepferchtem Lastwagen mitgemacht haben, bedroht von den Steinwürfen aufgehetzter Gegner, um die Schwere des Dienstes zu erkennen, besonders wenn man bedenkt, daß der Alltag im Beruf den vollen Einsatz der ganzen Kraft wieder erfordert, auch wenn man erst spät nachts nach Hause gekommen ist. Nicht überall hatten die Eltern Verständnis für die Aufgaben und Pflichten, die die SA fordert. Unzählige stille Konflikte und Seelenkämpfe werden hier mit stillem und trotzigem Dennoch durchgefochten. Rechnet man bei dem katholischen Kämpfer noch das besondere Maß des kirchlichen Kampfes hinzu, dann hat man ein kleines Bild davon, daß unsre heutige Jugend im Leid und Opfer würdig an die Seite ihrer älteren Kameraden aus dem Weltkrieg zu treten gewillt ist. Ueber 300 gefallen im Glauben an den Sieg der Idee. Viele dafür verwundet. Erst eine spätere Zeit, die das Buch des unbekannten SA-Mannes liest, wird die Größe der gebrachten Opfer ermessen können.

Wie arbeitet nun die SA im einzelnen. Die Kameradschaftsabende in der Woche sind Pflichtabende. Fortlaufende Verstöße gegen die Disziplin werden mit Ausschluß geahndet, unlautere Elemente ausgemerzt. Die Uniform verpflichtet zu Haltung und Einordnung ins Ganze und Unterordnung unter den Führer, der sich das Vertrauen der Mannschaft durch Leistung und Führung erhalten muß. Auf dem Lande werden die einzelnen Scharen und Trupps im „Sturm" zusammengezogen. Diese besitzen die Fahne der Bewegung. Mehrere Stürme bilden zusammen den Sturmbann. Diese die Standarte mit ihrem Standartenzeichen. Einheitskleidung ist das Braunhemd mit den Biesen in den landsmännischen Farben. Die Formationen tragen durchaus landsmännischen Charakter in einer Ausgeprägtheit, wie es bei dem alten Heere nicht möglich war. Die Bezeichnung mit den Nummern der heimischen Regimenter soll das Traditionsgefühl wecken. Die Fahrten auf Lastwagen sind bewußt Propagandafahrten. Als Propagandamittel werden eingesetzt: Sprechchor, Fahne, Kampflied, Propagandaschriften und der Gruß der erhobenen Hand. Die Zeiten, da man versuchte, eine Volksgemeinschaft durch „Koalitionen" parlamentarischer Art schaffen zu können, sind vorbei. Menschen können sich einigen und zueinander finden. Parteien und Weltanschauungen nie. Die Weltanschauung des nationalen Sozialismus hat einen ungeheuren Siegeszug angetreten. Sie liegt jetzt in Deutschland in der Führung. So manch einer im Volke, der nicht nationalsozialistisch gewählt hat, ist der Meinung, daß der Nationalsozialismus zeigen soll, was er zum Wohle des Volkes kann. Daß die Machtergreifung nicht die Ablösung eines Parteisystems durch ein anderes bedeutet, sollte demjenigen, der sich nur einigermaßen mit dem Wollen der Bewegung befaßt hat, nunmehr völlig klar sein. Aus der Parteiorganisation und für die Parteiorganisation sind nicht die Kämpfer entstanden, die einem Horst Wessel nachfolgten, sondern aus dem organischen Lebenswillen des deutschen Volkes, dem sie wieder eine Zukunft bereiten, wenn sie marschieren mit dem unsterblichen Lied auf den Lippen:

Die Fahne hoch, die Reihen dicht geschlossen.
SA marschiert mit ruhig festem Schritt.
Kam'raden, die Rotfront und Reaktion erschossen
marschier'n im Geist in unsren Reihen mit.

Stahlhelm-Eingliederung

in die NSDAP. — Kernstahlhelm bleibt dem Bundesführer Seldte unterstellt.

Die Reichspressestelle der NSDAP. teilt mit:

In einer heute stattgefundenen Besprechung zwischen dem Herrn Reichskanzler, dem Herrn Reichsarbeitsminister Seldte, dem Herrn Reichswehrminister und dem Herrn Vizekanzler von Papen wurde folgendes vereinbart:

Zur Sicherung der Schlagkraft der nationalsozialistischen Revolution gliedert sich der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, in die nationalsozialistische Bewegung in folgender Weise ein:

a) Der Kernstahlhelm bleibt wie zuvor der Führung des Bundesführers unterstellt.

b) Der Bundesführer verbietet von jetzt ab den Mitgliedern des Kernstahlhelms jede andere Parteizugehörigkeit als die zur NSDAP.

c) Der Führer der NSDAP., Adolf Hitler, gibt so die Mitgliedschaft des Stahlhelm zur NSDAP. frei.

d) Der Jungstahlhelm tritt neben SA. und SS. und wird dem obersten SA.-Führer unterstellt. Der „Scharnhorst" wird in die Hitler-Jugend eingegliedert.

e) Der Jungstahlhelmführer von Morozewicz tritt zum Stab des obersten SA.-Führers.

Berlin, den 21. Juni 1933.

Adolf Hitler Franz Seldte.

Befehl Seldtes

Stahlhelm steht treu zu Adolf Hitler.

Der Erste Bundesführer des Stahlhelm, Reichsarbeitsminister Franz Seldte, hat folgenden Aufruf erlassen:

Die nach dem siegreichen Durchbruch der nationalsozialistischen Revolution nachträglich betriebene Ausbreitung und das Verhalten des Kampfringes junger Deutschnationaler, dessen Vorhandensein und Zweck auch dem Stahlhelm stets unverständlich war, hat heute eine Aktion ausgelöst, deren Notwendigkeit im Sinne der nationalsozialistischen Staatsidee gegen jede Reaktion anerkannt werden muß. Darum befehle ich entsprechend meinen Fehrbelliner Ausführungen gegen jede Reaktion. Der Stahlhelm steht heute und zukünftig zu Adolf Hitler und in der Front der nationalsozialistischen Revolution.

Auflösung von Stahlhelmgruppen

In der Rheinprovinz und in Anhalt.

Amtlich wird mitgeteilt:

Zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Rheinprovinz wurde im Einvernehmen mit dem Oberpräsidenten auch in den Regierungsbezirken Aachen, Koblenz, Köln und Trier der Stahlhelm seitens der zuständigen Regierungspräsidenten in seiner jetzigen Führung aufgelöst. Die Geschäftsstellen und Heime des Stahlhelm wurden vorläufig geschlossen, die Vermögenswerte sichergestellt.

Als Kommissar für den Landesverband Westmark-Süd des Stahlhelm ist von dem Regierungspräsidenten von Koblenz und Trier einstweilen der Führer des Landesverbandes Westmark-Süd, Generalmajor a. D. Thon, bestellt worden. Die Neuorganisation im Regierungsbezirk Köln leitet Polizeioberst a. D. Leber.

Das anhaltische Staatsministerium hat die Stahlhelmortsgruppen Raguhn und Jeßnitz und ihre Organisationen mit sofortiger Wirkung aufgelöst.

Aktion gegen die BVP

München, 22. Juni.

Die bayerische politische Polizei teilt mit:

In letzter Zeit haben sich die Verdachtsmomente, daß führende Persönlichkeiten der Bayerischen Volkspartei mit den letzten Ereignissen in Oesterreich, insbesondere mit dem vor wenigen Tagen dort erfolgten Verbot der NSDAP in Zusammenhang stehen, so verdichtet, daß es dringend notwendig erschien, die Verbindung zwischen Bayerischer Volkspartei und den Christlich-Sozialen sowie der Heimatwehr in Oesterreich restlos festzustellen.

Die bayerische politische Polizei hat daher heute eine einheitliche Aktion gegen die Funktionäre der B. Vp. in ganz Bayern eingeleitet und bei ihnen sowie in den wichtigsten Büros der Partei eine Durchsuchung nach belastendem Material vorgenommen. U. a. wurden auch die Räume der Fraktion der Bayerischen Volkspartei im Landtage, des Bayerischen Kurier und des Wirtschaftsbeirates der Partei durchsucht. Das beschlagnahmte Material wird zur Zeit noch gesichtet. In Einzelfällen, bei denen Widerstand erfolgte oder Verdunkelungsgefahr besteht, mußte zu Festnahmen geschritten werden.

Einfuhrmaßnahmen gegen Deutschland

Wien, 21. Juni.

Die österreichische Regierung beabsichtigt, die Einfuhr aus Deutschland beträchtlich zu verringern. Innenminister Schumy hat ein Komitee von Fachleuten eingesetzt, das alle Einzelheiten des Handelsverkehrs mit Deutschland studieren soll.

Die „Stunde" berichtet dazu, „Oesterreich denke keineswegs an Vergeltungsmaßnahmen, sondern hätte auch bei ungetrübten politischen Beziehungen, vor allem aus Devisenrücksichten, den gegenwärtigen handelspolitischen Zustand gegenüber Deutschland revidieren müssen."

Massenprotest gegen Genf

Feierlicher Empfang der deutschen Arbeiterführer.

Berlin, 22. Juni.

Die deutsche Delegation auf der Internationalen Arbeitskonferenz traf unter der Führung Dr. Leys von Genf kommend in Berlin ein, wo sie überaus herzlich begrüßt wurde. An dem Empfang der Delegation nahm u. a. die Reichsleitung der NSBO. teil. Ebenso hatten sich etwa 10 000 Mitglieder der Betriebszellenorganisationen eingefunden.

Vor ihrer Abreise haben die deutschen Delegierten in einem Brief an den Präsidenten der Internationalen Arbeitskonferenz, Senator de Michelis, offiziell mitgeteilt, daß die deutsche Vertretung ihre Mandate zur Konferenz niedergelegt.

Der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, hat aus allen Teilen des Reiches Zustimmungserklärungen für sein mannhaftes Verhalten auf der Konferenz erhalten. **Es telegraphierten u. a. der Deutsche Arbeiterverband des Bergbaues aus Bochum, die Gaubetriebszellenabteilung Karlsruhe, die Betriebszellen des Gaues Sachsen, der Bund Königin Luise, der Deutsche Steinarbeiterverband und der Landarbeiterverband.**

Mit Ausflüchten, wie sie die von der Leitung der Internationalen Arbeitskonferenz verbreitete Erklärung darstellt, die sich auf eine formale Betrachtung beschränkt und an den Kern der Dinge vorbeigeht, ist der Zwischenfall nicht beizulegen. Vielmehr müssen die Angriffe und Beleidigungen, wie die deutsche Delegation in ihrer Erwiderung festgestellt hat, von der Gesamtheit der Konferenz mißbilligt und zurückgewiesen werden.

Einige Stunden nach der Rückkehr der deutschen Delegation fand im Berliner Lustgarten eine Massenkundgebung der NSBO. statt. Mit klingendem Spiel marschierten die Betriebszellen durch die Stadt, um im Lustgarten gegen die marxistische Herausforderung in Genf zu protestieren.

Vollmacht für die neue Regierung

Feierliche Flaggenparade.

Danzig, 22 Juni.

Das dem Danziger Volkstag jetzt vorliegende Ermächtigungsgesetz enthält u. a. die Möglichkeit zur Aenderung der Wahlgesetze, Neuregelung der Beamtenverhältnisse und Angleichung an die deutschen Dienstbezüge, Bekämpfung der antireligiösen Propaganda, Aenderung des Sozialversicherungswesens und Einführung der Arbeitsdienstpflicht. Das Ermächtigungsgesetz ist bis zum 30. Juni 1937 befristet.

Die neuen Senatoren haben nunmehr ihre Dienstgeschäfte übernommen. Senatspräsident Dr. Rauschning erledigte die offiziellen Staatsbesuche und sprach u. a. bei dem deutschen Generalkonsul Freiherrn von Thermann, dem Völkerbundskommissar Rosting sowie dem diplomatischen Vertreter Polens, Minister Papée, vor.

Zu Ehren der neuen nationalsozialistischen Regierung fand auf allen im Hafen liegenden Schiffen eine feierliche Flaggenparade statt. Innensenator Greiser legte in einer Ansprache ein Treuebekenntnis zu den alten ruhmreichen Farben des Reiches und den neuen Bannern der nationalsozialistischen Revolution ab.

Der Gottesdienst am Fest der Jugend.

Der Reichswart der evangelischen Jungmännerbünde Deutschlands, unter dessen Führung das „Eichenkreuz" als Spitzenorganisation für Leibesübungen innerhalb der evangelischen Jungmännerarbeit Deutschlands steht, hat an den Reichssportkommissar telegraphisch die Bitte gerichtet, aus Anlaß des Festes der Deutschen Jugend für den Sonntagmorgen (25. Juni) überall im Programm einen Feldgottesdienst vorzusehen, bei dem die Beteiligung selbstverständlich freiwillig ist, dessen Stunde aber von gleichzeitigen Sportveranstaltungen unter allen Umständen freizuhalten wäre. Gleichzeitig haben alle Gruppen des „Eichenkreuz" den Auftrag bekommen, mit dem Pfarramt zusammen diese Gottesdienste für die evangelische Jugend vorzubereiten und dazu einzuladen.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel.

Statt Karten

Gott schenkte uns heute ein gesundes Töchterlein.

In dankbarer Freude

Gerhard Koopmann und Frau Berta geb. Hilgemann

Gadderbaum, den 21. Juni 1933. Deckertstr. 58.

Reise **nicht ohne Photo-Apparat und Material** von **Photo-König**, Bielefeld, Rathausstraße 8

Junges, zuverlässiges **Mädchen** 17—18jährig, für Hausarbeit in kleinem Anstaltsbetrieb in Bethel gesucht. Angebote unter A 3394 an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Suche zum 15. Juli eine **Haustochter** aus entschiedenem christl. Hause, gesund, fröhlich und musikliebend, im Kochen und Gartenarbeit bewandert.

Meyer, Generalmajor a. D. **Bielefeld**, Voltmannstr. 179

Ein gewissenhaftes, sauberes, kinderliebes Mädchen für ländl. Pfarrhaushalt in Gegend Hannovers zum 1. Juli als **Haustochter** gesucht. Nicht unter 20 Jahren. Mädchen vorhanden. Taschengeld. Angebote mit Lebenslauf an die Geschäftsstelle d. Blattes unter A 3399 erbeten.

Wegen Einschränkung d. Haushaltes zum 1. 8. abgebaut, sucht arbeitsfreud., gewissenhafte Kraft, 30 J., mit staatl. Anerkennung als Kindergärtnerin I. Klasse und Liebe zu Kleinkindern zum 15. 8. oder 1. 9. **passende Tätigkeit**

Erfahren in Erziehung und sämtlichen Hausarbeiten, Kenntnisse in Klavierspielen, Maschinenschreib., Nähen. Gefl. Angebote mit Angabe des Gehaltes an **Dorothea Kreuziger**, bei Herrn W. Opfermann, **Wiesbaden**, Augustastraße 21.

Bohnerwachs hochglänzend und trittfest, sparsam im Verbrauch. 10-Pfd.-Eimer Mk. 5.— franko **Wilh. Scholz, Hamburg 36**, Fach 261/A

Kauft deutsche Meisterfabrikate!
Hochfeinst. ostfr. Markenbutter 1.35 M.
„ Marschbutter 1.25 M.
echt ostpreuß. Tilsiter 45—50 % 0.85 M.
franko.
Otto Doesken, Mühlenwarf (Ostfriesland).

Stellengesuche und Angebote haben im „Aufwärts" großen Erfolg!



Aus Anlaß der Bestimmung Pastor Friedrich von Bodelschwinghs zum Reichsbischof kommen aus allen Teilen Deutschlands Bitten, über Leben und Arbeit Pastor v. Bodelschwinghs etwas Authentisches zu erhalten. Obwohl Pastor von Bodelschwingh schon 23 Jahre, d. h. seit dem Heimgang seines Vaters, die Leitung von Bethel inne hat, ist bisher über ihn und seine Arbeit nichts veröffentlicht worden. Das war nicht möglich, weil dazu die Erlaubnis Pastor von Bodelschwinghs nötig war. Diese würde er nie gegeben haben. Durch seine Ernennung zum Reichsbischof hat sich das insofern geändert, als wir von vielen Seiten aus gedrängt werden, ein kurzes Lebensbild des Reichsbischofs zu veröffentlichen. Der Reichsbischof selbst hat nur widerstrebend sich dem Zwange der Tatsachen gefügt und seine Einwilligung gegeben.

Das Büchlein ist von seinem alten Mitarbeiter Herrn Missionsinspektor Trittelvitz geschrieben. Es enthält außerdem im Anhang im Wortlaut die erste Predigt des Reichsbischofs, die er am Pfingstsonntag in der Zionskirche in Berlin vor einer großen Gemeinde gehalten hat, und eine Würdigung Pastor von Bodelschwinghs als Theologe von H. Brandt. – Das Buch ist 64 Seiten stark, kostet 30 Pfennig und ist portofrei zu beziehen (Partiebezug Preisermäßigung) durch die

Schriftenniederlage der Anstalt Bethel
Postscheckkonto: Hannover Nr. 49657.

Der Rundfunkhörer

die geschmackvoll ausgestattete Funkzeitschrift für die deutsche Familie

bringt:

ein ausführliches Europoprogramm, reich illustrierte, kulturelle Aufsätze aus allen Gebieten, eine unbeeinflußte Rundfunk-Kritik, gediegene Romane, Rätsel- und Bastelecke

Monatl. Bezugspreis nur noch 85 Pf. zuzüglich 6 Pf. Zustellgebühr

Einzelheft 23 Pf.

Zu bezieh. durch die Post u. jede Buch- u. Zeitschriftenhandlg. Probehefte kostenl. vom **Verlag „Der Rundfunkhörer" G. m. b. H., Berlin SW 68**

Erholung — Verjüngung — Heilung im

Kurort Elim - Bad Wildungen

Christliches Erholungsheim. Auch Wildunger Kuren ohne Kurtaxe. Gelegenheit zu **Naturkuren** auf Wunsch durch Direktor Goßmann (40jähr. Praxis Sanatorium Kassel Wilhelmshöhe) gegen alle Krankheiten, außer ansteckende. — 5 Pensionshäuser. Badehaus für alle Art Naturmittel. Sonnenbäder. Massagen. Vegetarische und Fleischküche, Rohkost. Herrliche Landschaft, waldiger Südabhang. Pension 3,— bis 4,50 Mk. Bilderreicher Prospekt.

Evangelische Gemeinschaft

Bethel.

Zu dem Waldgottesdienst am Freitagabend werden die Verbände gebeten, geschlossen anzumarschieren.

Der Gottesdienst am Donnerstag abend fällt aus. Statt dessen wird am Freitag abend 7½ Uhr in der Waldkirche ein Jugendgottesdienst gehalten, zu dem die ganze Gemeinde herzlich eingeladen wird. Die Ansprache hält Pastor von Bodelschwingh jun.

Bei ungünstigem Wetter findet der Gottesdienst in der Zionskirche statt.

— Da die Wiese zum Lagern zu feucht ist, werden die kleinen Aufführungen der Kinder im Assapheum gemacht und zwar am Freitag nachmittag um ¼4 Uhr. Wer Lust hat, sich die Sache anzusehen, ist herzlich willkommen.

Schw. Anni Gleiß.

— Heute, Donnerstag, 8¼ Uhr in Gosen

Blaukreuzstunde.

Jedermann ist herzlich eingeladen.